

Günter Döring

1945 - Ein schwieriger Neubeginn

Am 8. Mai 1945 war mit der totalen Kapitulation Deutschlands der 2. Weltkrieg in Europa beendet. Auch 2006 ist die genaue Zahl der Kriegsoffer nicht bekannt. Historiker schätzen diese auf ca. 55 Millionen aus allen am Krieg beteiligten Nationen. Umgekommen sind die Menschen als Soldaten an den Kriegsschauplätzen, aber auch als wehrlose Zivilisten, im Bombenhagel auf viele Städte und Gemeinden vor Kriegsende und danach als Flüchtlinge und Vertriebene. Ein unbeschreibliches Leid, das als Mahnung immer wieder in Erinnerung gerufen werden muss. Hierbei stehen wir Deutschen in einer ganz besonderen Verantwortung, wurde doch dieser Krieg 1939 von Deutschland vorsätzlich herbeigeführt.

Unauslöschlich in der deutschen Geschichte bleiben die Greueltaten und Massentötungen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern, in denen die Menschen aus politischen, rassistischen und religiösen Gründen ihr Leben lassen mussten. Organisiert wurde dieses Morden durch nazistisch-staatliche Organisationen. Beispielhaft werden hier nur Buchenwald, Auschwitz und Bergen-Belsen genannt, in denen Juden, Polen, Russen, Roma und Sinti, Menschen vieler europäischer Nationen ermordet wurden. Auch Angehörigen des eigenen Volkes waren vor den Schergen der Nationalsozialisten nicht sicher und wurden verfolgt und getötet - politische Gegner aus allen Parteien, Angehörige der christlichen Konfessionen und im Rahmen der Euthanasie viele Behinderte - sie starben, weil sie den Vorstellungen der Gewaltherrschaft im Wege standen. Noch 2006 leiden viele Menschen unter den geistigen und körperlichen Schäden dieses Krieges.

Schon auf der Konferenz von Jalta im Jahr 1944 hatten die alliierten Gegner Deutschlands beschlossen, nach dem Sieg über Deutschland dies in Besatzungszonen einzuteilen. Danach gehörte das heutige Land Niedersachsen zum Einflussbereich der Engländer.

Nachdem der Krieg beendet war, ging die englische Besatzungsmacht bald auf die Suche nach geeigneten Bürgern, die unter ihrer Kontrolle in den Städten und Gemeinden Organisations- und Verwaltungsaufgaben übernehmen konnten. So auch in Ahnsen. Da es gegenüber dem zerschlagenen Nationalsozialismus unverdächtige Menschen sein mussten, deren demokratische Gesinnung unzweifelhaft war, ernannten die Engländer schon **im Mai 1945**, also 14 Tage nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur, Wilhelm Abel zum Bürgermeister in Ahnsen. Er war neben Carl Hofmeister aus Sülbeck und Ernst Möhlmann in Heeßen der erste Bürgermeister in Schaumburg-Lippe, der von den Engländern eingesetzt wurde.

Mit Verordnung Nr. 10 und 12 der englischen Militärregierung vom 15. September 1945 wurden politische Versammlungen bzw. die Bildung politischer Parteien zugelassen. Daraufhin wurde schon am 1. Oktober 1945 der neue Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei neu gegründet. Andere Parteien, wie CDU (1946), Schaumburg-Lippischer Volkblock, BHE u.a., bildeten sich erst später.

Die erste Gemeindevertretung in Ahnsen nach dem Kriege wurde von der Militärregierung eingesetzt.

Am 7. Februar 1946, um 11.30 Uhr, trat diese Versammlung zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Diese Zeit der eingesetzten Gemeindevertretung war mit der ersten freien und demokratischen Kommunalwahl am 15. September 1946 vorüber. Vom Februar 1946 bis Mitte 1947 musste aber jede Gemeinderatssitzung mit der Tagesordnung zur Überwachung durch die Britische Militärregierung in Bückeburg und später in Hameln gemeldet werden. Selbst bei den durch den Gemeinderat beschlossenen und vom Kreis Bückeburg

abgesegneten Haushaltsplänen mussten noch die Bestimmungen der britischen Militärregierung beachtet werden.

In dieser Sitzung am 7. Februar 1946 wurde der erste Gemeinderat von dem britischen Oberstleutnant Roünd von der Militärregierung aus Gelldorf in das Amt eingeführt und jedes Ratsmitglied vom Bürgermeister Abel per Handschlag „auf gewissenhafte Amtsführung“ verpflichtet. Neben Bürgermeister Abel gehörten diesem Übergangsrat noch 15 Ahnsener Personen an. Darunter waren drei Frauen: Lina Möller Nr. 87, Ernestine Bonorden Nr. 115 und Minna Sander Nr. 107. Mit der ersten freien, gleichen Kommunalwahl am 15. September 1946 zogen seit 1933 erstmals wieder 12 demokratisch gewählte Bürger in das Ahnsener Gemeindeparlament.

Dieser Gemeindewahl stellten sich 17 Bewerber. Davon gehörten zwölf der SPD an, zwei der KPD und drei Bewerber waren unabhängige. Bei dieser Wahl waren 748 Bürger wahlberechtigt, wovon aber nur 603 Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, eine Wahlbeteiligung von knapp 81 %.

Bei ihrer ersten Sitzung am 23. September wählten sie aus ihrer Mitte den neuen Bürgermeister Abel.

In der durch die Militärregierung anberaumten Sitzung hielt der Captain Renwick eine kurze Ansprache, in der er die Stellungnahme des Oberleutnant Round, dem Leiter der Militärregierung in Bückeburg, zu der Sitzung zum Ausdruck brachte und wies hierbei auf die Bedeutung des abzuleistenden Eides hin. Die Ratsherren leisteten hierauf nacheinander folgenden Eid:

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, dass ich jederzeit das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch und ohne Ansehen der Person ausüben werde und dass ich gewissenhaft die Verfassung und die Gesetze Deutschlands in ihrer derzeit bestehenden Form befolgen werde und dass ich zu jederzeit für das Wohl der Gemeinde arbeiten und ihr unbestechlich und ohne Eigennutz dienen werde – so wahr mir Gott helfe.“

Von diesem Zeitpunkt an mussten nicht nur die Einladungen zu den Gemeinderatssitzungen den Engländern vorgelegt werden, sondern auch die Haushaltspläne und auch alle Sitzungsprotokolle in englischer Übersetzung.

Erst am 16. Dezember 1947 wurde letztmals ein Sitzungsprotokoll für das zuständige HQ Mil. Gov. Kreis Group, 723 HQ – CCG BAON in Hameln bzw. den Kreis Resident Officer in Bückeburg in Englisch angefertigt und diesen militärischen Stellen zugesandt. Zwischen September 1946 und Februar 1947 hatten die Engländer für die Gemeindeleitung eine Neuerung eingeführt. Stand bis dahin der Bürgermeister an der Spitze der Gemeinde, betraut mit der politischen Vertretung nach innen und außen sowie der allgemeinen Repräsentation und Verwaltung, wurde diese Konzentration in einer Person gelöst und auf zwei Schultern verteilt. Es gab nun einen Bürgermeister und einen Gemeindedirektor, der für die Verwaltungsarbeit zuständig war. Diese Ämter- und Aufgabentrennung erfolgte in Ahnsen ab Februar 1947. Das Bürgermeisteramt übernahm Wilhelm Pöhler und Gemeindedirektor wurde der bis dahin „regierende“ Bürgermeister Heinrich Abel. In späteren Jahren bürgerte es sich ein, dass beide Ämter vom gewählten Bürgermeister in Personalunion wahrgenommen wurden.

Welche Aufgaben hatten die Verantwortlichen in Ahnsen zu lösen?

Mit dem Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ostpreußen, Schlesien und dem Sudetenland waren zwischen 1945 bis 1950 ca. 560 Menschen nach Ahnsen gekommen. Hatte Ahnsen im Jahr 1937 rd. 880 Einwohner, so waren es 1950 ~ 1455 Einwohner. Eine Bevölkerungszunahme von 65 %. Diese Neubürger waren zum großen Teil ohne Hab und Gut nach Ahnsen gekommen, und sie mussten mit dem Allernötigsten versorgt werden. Es fehlte Wohnraum, Kleidung, Verpflegung, Feuerung für den Winter und vieles Andere mehr. Zur Unterstützung des Gemeinderates wurden verschiedene Fachausschüsse gebildet, wie:

Einen Wohnungsausschuss, der die Zwangsbewirtschaftung von Wohnraum zu überwachen hatte. Da zu wenig Wohnraum bei dieser Überbevölkerung vorhanden war, schliefen viele dieser Flüchtlinge oder Vertriebenen in Notbehausungen, wie Scheunen, Kellern, Stallungen oder Futterkammern. Der unkontrollierte Zuzug nach Ahnsen war verboten. Am 14. September 1947 wird der aus Ratsmitgliedern gebildete Ausschuss um zwei Mitglieder erweitert. Es kommen hinzu Karl Lindemeier, Nr. 63, als Vermieter und Paul Esener, Nr. 61, als Mieter.

Unter dem Druck der Versorgungslage wurde in der Ratssitzung vom 14. September 1947 ein Verbraucherausschuss gebildet, dem folgende Ahnsener Bürger angehörten:

1. Heinrich Winkelhake, Ahnsen Nr. 69 als Vertreter der freien Wohlfahrt und der Gemeinderatsmitglieder,
2. Paul Exner, Ahnsen Nr. 61 als Gewerkschaftler und Vertreter für Flüchtlinge
3. Erich Kolbe, Ahnsen Nr. 115 als Flüchtling und Vertreter der freien Wohlfahrtverbände
4. Friedrich Brand, Ahnsen Nr. 56 als Schwerkriegsbeschädigter
5. Heinrich Wortmann jun., Ahnsen Nr. 120 als Vertreter der Verfolgten des Naziregimes
6. Franz Kramer, Ahnsen Nr. 88 als Gemeinderatsmitglied und Gewerkschaftler
7. Fritz Winkelhake, Ahnsen Nr. 91 als Unparteiischer
8. Ehefrau Elisabeth Pfitzner, Ahnsen Nr. 88 als Hausfrau und Flüchtling
9. Gemeindedirektor Abel, Ahnsen

Die Gemeindevertreter nahmen hierauf einstimmig die Wahl der vorstehend genannten Personen vor. Gleichzeitig wurden für den gewählten Verbraucherausschuss das im Entwurf vorliegende Statut und die Geschäftsordnung beschlossen, vorbehaltlich der Genehmigung bzw. Zustimmung des Kreistages.

Der Bildung dieses Ausschusses waren sicher einige Querelen und viel Ärger vorausgegangen. So vermerkt das Ratsprotokoll vom 11. Mai 1947: „Die Hühnerhalter sollen 40 Eier abliefern“. Als Ausrede werden gefunden: Die Legezeit ist vorüber, der Winter war zu lang und der Abliefertermin ist schon verstrichen.

Seit Kriegsende bis 1946 hatte sich die **Ernährungslage** der deutschen Bevölkerung noch weiter verschlechtert. Der „Normalverbraucher“ sollte pro Tag erhalten:

285 g Kartoffeln = 4 Stck. mittelgroße Kartoffeln
16 g Fleisch = 6 Scheiben Jagdwurst
0,10 l Milch
250 g Brot = 6 Scheiben Graubrot
7 g Fett = 1 Teelöffel
35 g Nahrungsmittel = 2 gestr. Esslöffel
18 g Zucker = 5 Teelöffel
4,5 g Kaffee-Ersatz

Dies entspricht einem Nährwert von ca. 1350 Kcal. Nach heutigen Maßstäben eine immerwährende Diätkur. Zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Abgabe dieser geringen

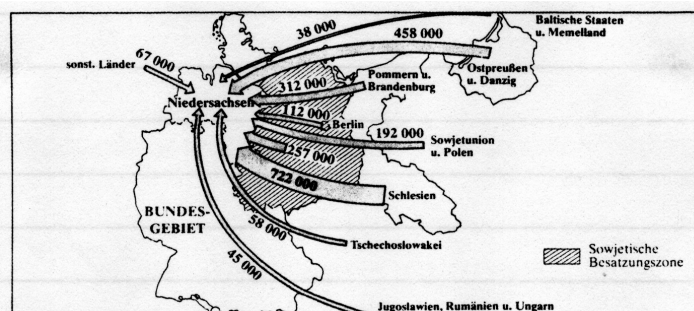
Lebensmittel gab es immer noch die zu Beginn des Weltkrieges von den damaligen Machthabern eingeführten Lebensmittelkarten. Mit diesen kargen Rationen konnte kein Mensch überleben. Jeder versuchte seinen Tisch mit legalen und illegalen Mitteln reichhaltiger zu decken. Auf den Dörfern fiel dies den zugezogenen Menschen relativ leicht, die Hühner- und Kaninchenzucht blühte. Beeren und Bucheckern wurden gesammelt, Kamillen- und Lindenblütentee ersetzten den Bohnenkaffee, und da wegen meistens fehlender sinnvoller Arbeit oft bei den Bauern auf den Höfen geholfen wurde, gab es von diesen neben Kartoffeln auch schon mal Milch, eine Wurst oder ein Stück Fleisch. Bei Nacht und Nebel wurden an der öffentlichen Kontrolle vorbei auch Schweine „schwarz“ geschlachtet. Dies hat zwischen Einheimischen und Zugezogenen oft eine Art Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen lassen. Dieses zur Verbesserung des mageren Speisezettels an der öffentlichen Kontrolle vorbei geschlachtete Vieh kam aus allen Ställen der Bauernhöfe.

In der damaligen Zeit der Not blühte außerhalb jeder Legalität auch der Tausch- und Schwarzhandel. Grundlage war nicht die wertlose Reichsmark, sondern die „Zigarettenwährung“. War es in Ahnsen unter den gegebenen Umständen noch relativ leicht, mit den widrigen Verhältnissen fertig zu werden, so war dies in den Großstädten schon ungleich schwieriger. Die Besorgung von Lebensmitteln war ein ständiger Kampf, war doch manchmal sogar die lt. Lebensmittelkarte zugesicherte Ration in den Geschäften nicht zu bekommen. Aus dem Höhepunkt der Unterversorgung und Not in den Jahren 1946/1947 ist vom damaligen Kölner Kardinal und Erzbischof Frings überliefert, dass er während einer Predigt im Kölner Dom alle Christen von der Einhaltung des Gebots *„Du sollst nicht stehlen“* soweit befreite, als dies zur Erhaltung des eigenen Lebens notwendig ist. Es wurde *„gefringt“*.

Ob diese Predigt im fernen Köln zur Lockerung der Sitten in Ahnsen beigetragen hat, kann heute nicht mehr nachgeprüft werden, doch die Feld- und Gartendiebstähle hatten so zugenommen, dass sich der Gemeinderat gezwungen sah, in seiner Sitzung vom 26. Juni 1947 einen „Flurschutz“ einzurichten. Danach wurde die Gemarkung Ahnsen in vier Bezirke eingeteilt, die täglich von zwei männlichen Personen überwacht wurden. Diese „Flurhüter“ arbeiteten ehrenamtlich. Für jeden Bezirk wurde ein „Flurschutzleiter“ gewählt. Nahezu zeitgleich erließ der Kreis Bückeburg eine Verordnung zur „Sicherung der Ernte“. Durch eine von Haus zu Haus gehende Bekanntmachung wurde sichergestellt, dass alle Personen über diese Maßnahmen unterrichtet wurden.

Die Notlage blieb aber unverändert, bis am 20. Juni 1948 ein völlig unerwartetes Ereignis eintrat, das sofort eine Entwicklung einleitete, die uns bis heute begleitet. Die RM-Währung verschwand, die DM wurde eingeführt und jeder Bürger erhielt 40,- DM Startgeld. Die Währungsreform war da.

Mit diesem Handgeld von 40,- DM waren natürlich nicht alle Probleme beseitigt, so dass z.B. der Gemeinderat am 10. Juli 1948 wieder einen Ortsernährungsausschuss bildete, dem auch zwei Vertreter der „Erzeuger“ und zwei Vertreter der „Verbraucher“ angehörten. Auch die Ende 1948, zu Beginn der neuen Wahlperiode, gebildeten Ausschüsse spiegeln die immer noch anstehenden Probleme wieder. Es wurden Ausschüsse eingerichtet für Wohnungswesen, Finanzen, Verbraucher, Bauangelegenheiten und Ernährung sowie ein Gemeindeflüchtlingsrat.



Herkunft der niedersächsischen Flüchtlinge und Vertriebenen